

Die antiliberale Offensive und was wir dagegen tun können

Ralf Fücks

Wir sind in einer paradoxen Lage. Weltweit berufen sich fast alle Regimes und politischen Führer auf die Demokratie. Das gilt selbst für autoritäre Herrscher wie Putin. Man hält eine pseudodemokratische Fassade mit Wahlen, Parlamenten und Verfassungsgerichten aufrecht und entzieht ihnen zugleich jede Substanz. Als Legitimationsprinzip scheint die Demokratie weitgehend unangefochten. Was die Autoritären verschiedener Couleur ablehnen, ist die liberale Demokratie – und mit ihr auch den Liberalismus als Theorie und Politik der Freiheit.

Wenn man Kriterien wie freie und faire Wahlen, Gewaltenteilung, Presse- und Meinungsfreiheit, politischen Pluralismus und garantierte Bürgerrechte anlegt, so ist die Demokratie weltweit auf dem Rückzug. Folgt man der empirischen Forschung, so kippte die lange Welle der Demokratisierung etwa um das Jahr 2005. Sie hatte in den 1970er Jahren eingesetzt und fand ihren Höhepunkt in der demokratischen Revolution von 1989/90 und dem Kollaps des sowjetischen Imperiums. Für einen kurzen Moment konnte man die Illusion hegen, die liberale Demokratie habe endgültig gesiegt. Fukuyamas berühmte These vom »Ende der Geschichte« war die triumphale Botschaft, es gäbe künftig keine Systemalternative mehr zu Demokratie und Marktwirtschaft.

Inzwischen hat sich der Wind gedreht. Der amerikanische Demokratieforscher Larry Diamond spricht von einer »demokra-

tischen Rezession«.¹ Demokratische Staaten sind in den Vereinten Nationen in der Minderheit, die Meinungsfreiheit ist unter Beschuss, überbordende Desinformation und wachsende Polarisierung befeuern die Krise der Demokratie. Auch der Liberalismus als politische Theorie und theoretisch inspirierte Politik befindet sich in der Defensive.

Es sind gleich mehrere tektonische Verschiebungen der politischen Landschaft, die zu diesem antiliberalen Megatrend beitragen.

Erstens wirken die autoritäre Rückwendung Russlands und die totalitäre Verhärtung Chinas weit über die Innenpolitik dieser Länder hinaus. Der Westen betreibt nicht länger die Demokratisierung autoritärer Regimes, sondern umgekehrt: Peking und Moskau betreiben mittlerweile die systematische Destabilisierung der westlichen Demokratien.

Zweitens führte die autoritäre Regression in Ländern, die zumindest in die Kategorie »elektoraler Demokratien« mit freien Wahlen und einem gewissen politischen Pluralismus fielen, zu »illiberalen Demokratien« unterschiedlicher Schattierung, etwa in der Türkei, Indien und in Mittel-Osteuropa. Bei Lichte besehen ist die »illiberale Demokratie« ein Oxymoron: Entkleidet man die Demokratie von ihren liberalen Elementen, gibt es keine Haltelinien mehr gegen das Abgleiten in ein autoritäres System. Dann wird auch der Rückweg zur liberalen Demokratie immer schwerer. Die ungarischen Parlamentswahlen 2026 waren ein Testfall, wie ein gewaltfreier Machtwechsel durch Wahlen gelingen kann, solange politischer Pluralismus und Meinungsfreiheit noch gewährleistet sind.

Ein drittes Element ist der Aufstieg populistischer – zumeist rechtspopulistischer – Parteien und Politiker, die als die wahre Stimme des Volkes auftreten, nationalistische und fremdenfeindliche Stimmungen anheizen und Ressentiments gegen die »etablierten Eliten« schüren, obwohl sie selbst in aller Regel aus privilegierten Kreisen stammen. Donald Trump ist der Prototyp dieses Phänomens.

1 Diamond, Larry (2015): Facing Up to the Democratic Recession. In: *Journal of Democracy*, Jg. 26, Nr. 1, S. 141–155.

Viertens beobachten wir in unterschiedlichen politischen Systemen die Rückkehr des »starken Mannes« – in der Regel tatsächlich Männer, obwohl Marine Le Pen und Giorgia Meloni zeigen, dass auch Frauen diese Rolle spielen können. Das erinnert an die 30er Jahre des letzten Jahrhunderts mit Mussolini, Hitler, Stalin und anderen »nationalen Führern«. Heute stehen Xi Jinping und Putin für diesen Typus, aber auch Politiker wie Modi, Erdogan und Orbán. Sie alle werden von Trump überschattet, der den Umbau der USA in ein autoritäres Präsidialsystem betreibt.

Fünftens sind die neuen sozialen Medien und digitalen Plattformen ein kaum zu überschätzender Treiber der demokratischen Rezession. Konnte man das Internet zu Beginn seines Siegeszugs noch als demokratische Errungenschaft feiern, die das Wissen der Welt jedem Menschen mit einem Internetanschluss zugänglich macht und jedem eine Stimme im Konzert der öffentlichen Meinung gibt, so sind inzwischen die Schattenseiten unübersehbar: die Zusammenballung digitaler Macht in den Händen weniger dominierender Unternehmen, das Auseinanderfallen der Netzöffentlichkeit in tribalistische Echokammern, das Fluten der Massenkommunikation mit ungefilterter Desinformation, Verschwörungstheorien und verbaler Aggression.

Nicht zuletzt sind wir Zeugen der raschen Erosion des normativen internationalen Systems mit den Vereinten Nationen im Zentrum. Universalistische Werte und Normen werden vielfach als »westliche Werte« abgetan, als imperiale Finte, um die politische und kulturelle Hegemonie des Westens zu verewigen. Russlands Aggressionskrieg gegen die Ukraine ist zugleich ein Frontalangriff auf das Völkerrecht und die regelbasierte europäische Friedensordnung. Auch der aktuelle Iran-Krieg demonstriert die Erosion des internationalen Rechts. Die Spannung zwischen nationaler Souveränität als Eckpfeiler des Staatenrechts, Verteidigung der Menschenrechte und Einhegung aggressiver Regimes lässt sich nicht konfliktfrei auflösen. Mit der Rückkehr Trumps ins Weiße Haus hat sich die bisherige Ankermacht der »liberalen Weltordnung« von ihr abgewandt. Europa ist in seiner jetzigen Verfassung zu schwach, sie zu verteidigen. Dafür brauchen wir mehr politischen

Willen, eine stärkere strategische Ausrichtung unserer Politik und eine globale Allianz der Demokratien.

Resonanzboden für die antiliberale Konterrevolution

Diese Trends wurden vielfach auf den Begriff der »antiliberalen Konterrevolution« gebracht. Er bringt zum Ausdruck, dass es sich um eine Gegenbewegung auf eine überaus erfolgreiche liberal-demokratischen Revolution handelt. Über den Westen hinaus gab es seit der 68er-Bewegung einen anhaltenden Schub kultureller, politischer und ökonomischer Liberalisierung. Autoritäre Regimes wurden von Demokratien abgelöst. Ansprüche auf demokratische Partizipation auch jenseits von Wahlen sind politischer Alltag, eine Vielzahl von Bürgerinitiativen stellt das Monopol politischer Parteien infrage. Wir unterscheiden heute zwischen biologischem Geschlecht und sexueller Orientierung, traditionelle Geschlechterrollen lösen sich auf, Familien werden vielfältiger, Kinder als Subjekte mit eigenen Rechten anerkannt. Ethnische und religiöse Vielfalt wurde zur neuen Normalität. Fortschritt, zweifellos – aber zugleich für Teile unserer Gesellschaften eine fortwährende Irritation.

Ökonomisch schuf der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers einen Weltmarkt, der alle Kontinente in einen wechselseitigen Austausch von Kapital, Waren und Menschen bringt. Der Kapitalismus hatte gesiegt, wenn auch in sehr unterschiedlichen Ausprägungen. Zu den falschen liberalen Selbstgewissheiten der 1990er Jahre gehörte die Vorstellung, dass eine ökonomische Liberalisierung auch eine Liberalisierung des politischen Systems nach sich ziehen würde. In Deutschland hieß diese Illusion »Wandel durch Handel«. Wirtschaftliche Verflechtung sollte den Frieden sichern und die politische Konvergenz befördern. Russland und China zeigen aber gerade das Gegenteil: Wir haben unsere Systemrivalen und Gegner durch Handel und Technologietransfer stark gemacht.

Zudem haben diese Modernisierungsschübe eine lange übersehene Kehrseite: die wachsende Kluft zwischen Gewinnern und

Verlierern, die grassierende Furcht vor Statusverlust und die Überforderung eines Teils der Gesellschaft durch die Gleichzeitigkeit fundamentaler Veränderungen. Liberale haben insbesondere den Widerstand gegen eine weitgehend ungesteuerte Masseneinwanderung aus südlichen Kontinenten unterschätzt.

Die andauernde Modernisierung auf Speed bedeutet eine wachsende Verunsicherung im wörtlichen Sinne: die Erosion traditioneller Sicherheiten, wie sie die Großfamilie, langfristige Betriebsbindungen, Nachbarschaften und die Kirchengemeinde boten. Die Kehrseite wachsender individueller Selbstbestimmung ist die Einsamkeit des von allen traditionellen Bindungen und Konventionen befreiten Individuums.

Gleichzeitig wachsen Zweifel an der Krisentauglichkeit und Handlungsfähigkeit demokratischer Institutionen. Legitimation entsteht nicht nur über Beteiligung, sondern zumindest ebenso sehr über die Leistungsfähigkeit von Regierungssystemen. Die neue Systemkonkurrenz wird auch über »Output-Legitimation« ausgetragen. Das gilt vor allem im Wettlauf mit China, das eine völlig neue Kombination von totalitärer Kontrolle und ökonomischer Dynamik verkörpert. Solange das chinesische Modell wirtschaftliches Wachstum und hochmoderne Infrastrukturen bei gleichzeitiger politischer Stabilität verspricht, sollten wir seine Anziehungskraft nicht unterschätzen.

Krise des Liberalismus

In weiten Teilen der westlichen Gesellschaften und darüber hinaus ist der Liberalismus als politische Philosophie und Praxis in Misskredit geraten. Unter kritischen Geistern gilt er als Bastion der Privilegierten gegen notwendige Veränderungen. Man bekennt sich noch zur liberalen Demokratie, hat aber mit Liberalismus nichts am Hut. Dass die FDP aus dem Bundestag katapultiert wurde, liegt im Trend. Schon seit langem ist Neoliberalismus zum antiliberalen Kampfbegriff geworden. Ob Klimawandel, Finanzkrise, wachsende Vermögensungleichheit, Wohnungsnot oder Aufstieg des Rechtspopulismus – an allem ist der Neoliberalismus schuld.

Wenn der Liberalismus als Problemverursacher gilt, werden keine liberalen Antworten gesucht. Das Pendel schlägt in die andere Richtung: wachsende Staatseingriffe, immer neue schuldenfinanzierte Rettungspakete, immer engmaschigere Regulierung. Das neoliberale Credo des Minimalstaats, der finanziell möglichst kurzgehalten werden muss, ist mega-out. Der lenkende, planende, beschützende Staat ist zurück. Bevor man das beklagt, sollte man fragen, weshalb das so ist – und was wären die Alternativen?

Liberalismus zielt auf die Vermehrung individueller Chancen und Wahlmöglichkeiten. Allerdings bedeutet die Erweiterung individueller Optionen – bis hin zur Wahl des eigenen Geschlechts – auch wachsenden Freiheitsstress. Selbstbestimmung bedeutet permanente Übernahme von Verantwortung für die eigenen Entscheidungen, auch Verantwortung für das eigene Scheitern.

Moderne bedeutet eine Zunahme von Diskontinuität, in den Biografien der Einzelnen wie in der technischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Realität. Wenn sich alles verändert, wächst auch das Bedürfnis nach Sicherheit. Ein reflektierter, zeitgemäßer Freiheitsbegriff kann sich nicht auf die Abwehr staatlicher Eingriffe in die Privatautonomie reduzieren. Er muss die Bedingungen für die gleiche Freiheit aller im Auge behalten – bis hin zur abwägenden Einschränkung individueller Freiheiten zum Schutz der Rechte aller.

Zu den offenen Flanken des Liberalismus gehört auch seine Leerstelle mit Blick auf große Erzählungen und Zukunftsentwürfe. Liberales Denken will die Zukunft offenhalten und die Zukunftsoptionen vermehren, statt sich auf eine bestimmte Vision der anzustrebenden Zukunft festzulegen. Diese Skepsis gegenüber menscheitsbeglückenden Utopien ist gut begründet, gerade nach den Erfahrungen des vergangenen »Jahrhunderts der Ideologien«. Reduziert man Liberalismus allerdings auf eine demokratische Spielanleitung, einen Mix aus deliberativen Verfahren, machtbegrenzenden Institutionen und politischen Entscheidungsregeln, wird er zu einer ziemlich dünnen Angelegenheit. Es braucht wohl doch liberale Fortschrittserzählungen, Leitbilder für eine freiheitliche Zukunft als Antwort auf die vorherrschenden kulturpessimistischen Narrative. Ohne Zutrauen, dass die Welt trotz aller

Krisen eine bessere werden kann, dass Freiheit und Wohlstand für alle keine Kategorien von gestern sind, verliert auch die Demokratie an Rückhalt.

Ein weiterer Einfallstor für die Gegner des Liberalismus ist seine Skepsis gegenüber jeder Art von identitärer Gemeinschaft. Karl Popper warnte zu Recht vor dem »Ruf der Horde«², dem Rückfall in Kollektivismus und Stammesdenken und vor der Tyrannei der Mehrheit. Der Liberalismus darf nie verleugnen, dass es ihm um die Selbstbestimmung und Selbstentfaltung des Einzelnen geht. Die wachsende Ausdifferenzierung von Lebensstilen und sexuellen Orientierungen, also die Freiheit, so zu sein und so zu leben, wie ich will, ist ein zivilisatorischer Fortschritt. Dass Herkunft nicht Zukunft bestimmt, ist ein zentrales Versprechen der liberalen Moderne.

Die Betonung individueller Freiheit darf jedoch weder die gesellschaftlichen Bedingungen der Freiheit aus den Augen verlieren noch vergessen, dass Freiheit sich in der Interaktion verwirklicht. Sie ist ein Akt gemeinsamen Handelns freier Bürger.

Auch das traditionelle liberale Misstrauen gegenüber der Macht der Gefühle in der Politik ist eine eingebaute Schwachstelle. Liberale verstehen sich als Verfechter der skeptischen Vernunft. Emotionen gelten als gefährliches Einfallstor des Irrationalen und Nährlösung kollektivistischer Exzesse. Auch dafür gibt es gute Gründe.

Eine rationalistisch-pragmatische Verengung des Liberalismus macht ihn allerdings ziemlich wehrlos gegenüber emotional aufgeladenen Bewegungen. Populisten spielen mit starken Gefühlen: Furcht, Stolz, Hass, Empörung. Was setzen Liberale dagegen außer dem Beharren auf argumentative Vernunft? An welche Emotionen kann liberale Politik appellieren – die Liebe zur Freiheit, republikanischen Stolz, einen demokratisch grundierten Patriotismus, der sich nicht über andere Nationen erhebt?

2 Popper, Karl (1945/2003): Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 2. Bd. Tübingen: Mohr Siebeck.

Sicherheit und Freiheit

Daran schließt die Frage an, wie wir mit dem »konservativen« Bedürfnis nach Sicherheit umgehen. Es gibt keine Freiheit ohne die Freiheit von Furcht. Sie ist die Mutter aller Freiheiten. Wer von Furcht vor willkürlicher Gewalt oder vor dem sozialen Absturz getrieben ist, kann nicht frei handeln. Liberale müssen deshalb Sicherheit und Freiheit unter einen Hut bringen. Insbesondere in Zeiten stürmischer Veränderungen wächst der Bedarf nach »Sicherheit im Wandel«.

Auf den Einzelnen bezogen geht es um Selbstwirksamkeit, also um die Fähigkeit, selbstbewusst mit Umbrüchen aller Art umzugehen. Bildung und Weiterbildung sind dafür ein Schlüssel, aber auch Eigentum als eine Form ökonomischer Freiheit und sozialer Sicherheit.

»Bildung für alle« ist in einer digitalen Wissensgesellschaft notwendiger denn je, auch als Bedingung für ein Mindestmaß an Chancengerechtigkeit.

Auch »Eigentum für alle« müsste die Losung eines modernen Liberalismus sein, der sich nicht mit der wachsenden Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums in den Händen einer kleinen Minderheit abfindet. Das gilt für die Förderung von Wohneigentum wie für die Beteiligung breiter Schichten am Produktivkapital. Ein effektiver Hebel ist der Aufbau einer kapitalgedeckten Alterssicherung, ein anderer die Beteiligung an steuerbegünstigten öffentlichen Investitionsfonds.

Liberale sollten stolz auf einen Sozialstaat sein, der eine solidarische Rückversicherung gegen die Risiken von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Altersarmut bietet. Das ist kein Plädoyer für den Status quo. Wer den Sozialstaat erhalten will, muss ihn zielgerichteter und weniger bürokratisch machen, seine Kostendynamik bremsen und Anreize zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit stärken. Angesichts des demografischen Wandels und der überschießenden Lohnnebenkosten wäre ein »Weiter so« der sicherste Weg in den Kollaps der sozialen Sicherungssysteme. Am Ende kann der Sozialstaat nicht durch immer mehr Umverteilung finanziert werden. Seine ökonomische Basis ist eine produktive, innovative

und wachsende Wirtschaft. Wenn sich die gegenwärtige Stagnation fortsetzt und die industrielle Basis erodiert, kommen auch die Sozialsysteme ins Rutschen.

Die Fähigkeit zur Reform der Sozialsysteme ist ein Lackmустest für die Handlungsfähigkeit liberaler Demokratien. Wenn sie die Probleme nur immer weiter vor sich herschieben, weil sie nicht die Kraft zu unbequemen Veränderungen finden, verlieren sie zunehmend an Legitimation. Das gilt auch für andere große Herausforderungen wie den Klimawandel, Migration oder die Verteidigungsfähigkeit Europas in einer neuen Weltlage, in der wir uns nicht mehr auf den Beistand der USA verlassen können. Freiheit und Wehrhaftigkeit sind kein Gegensatz. Angesichts der Bedrohung der offenen Gesellschaft von innen und außen brauchen wir einen robusten, kämpferischen Liberalismus.

Die Zukunft des Liberalismus hängt an seiner Fähigkeit, freiheitliche Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Epoche zu finden. Man sollte die liberalen Klassiker kennen. Aber das liberale Erbe muss weiterentwickelt und auf die Höhe der Zeit gebracht werden. Liberalismus ist eine Wette darauf, dass die freiheitliche Demokratie ein gutes Leben für alle ermöglicht. Eine liberale Ordnung muss sich auch darin beweisen, dass sie mutige Lösungen für neue Probleme findet, statt sich ängstlich an den Status quo zu klammern.